FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Marcus König
Rathaus

90403 Nürnberg

SchulA

OBERBÜRGERMEISTER
26. OKT. 2023
...Nr. ...

TV	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
MRB	2 X z.w.V.	4 Antwort vor Aussendung vorlegen
		5 Antrag zur Unterschrift vorlegen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 26.10.2023

Antrags-Nummer:
AN / 204 / 2023

Strategie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Diskriminierungserfahrungen an Schulen lassen sich von der Einschulung bis zum Abschluss beobachten. Kinder und Jugendliche erleben Benachteiligung z.B. aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, einer Behinderung, der sexuellen Identität, ihres Aussehens oder ihres sozialen Status. Solche Diskriminierungserfahrungen werden auch als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bezeichnet.

Leider sprechen die Zahlen eine traurige Sprache: So geben laut einer Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte 73 Prozent der befragten Schüler:innen an, in der Schule Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. Eine weitere Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt, dass 55 Prozent der Schüler:innen mit Migrationshintergrund Diskriminierungen aufgrund ihrer Herkunft erleben. Des Weiteren zeigt eine Studie des Bundesfamilienministeriums, dass 44 Prozent der befragten Schüler:innen Erfahrungen mit Mobbing oder Diskriminierung aufgrund von körperlichen Merkmalen oder sexuellen Orientierung gemacht haben. Schließlich besagt eine Umfrage der GEW, dass rund 30 Prozent der befragten Lehrkräfte schon einmal rassistische Äußerungen in ihrem Kollegium gehört haben.

Dies sind alarmierende Zahlen und auch in Nürnberg berichten immer mehr queere, feministische, migrantische und jüdische Organisationen anhand von Erfahrungsberichten von Schüler:innen und Eltern, die unter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit leiden.

Die Stadt ist in der Verantwortung, den Kindern ein behütetes, vorurteilsfreies, demokratiefreundliches, partizipatives und selbstständiges Lernen zu ermöglichen.

Wir stellen deshalb zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung berichtet:

- über vorhandene Fortbildungsangebote für Pädagog:innen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. Diskriminierung, welche Träger eine solche Fortbildung anbieten und in welchem Turnus diese pro Schuljahr stattfinden,
- über die Anzahl an Lehrkräfte, die an Fortbildungen hierzu teilnehmen und an welchen Schularten diese erfolgen,
- detailliert über die jeweiligen Konzepte der Fortbildungen für Pädagog:innen gegen Sexismus, Homophobie, Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Islamophobie und Klassismus,
- im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wie häufig Fortbildungsmaßnahmen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit pro Jahr von Pädagog:innen wahrgenommen werden sollten, um nachhaltige Veränderungen im Sinne von diversitätssenibler, diskriminierungskritischer und vorurteilsfreier pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gewährleisten zu können,
- über weitere präventive Maßnahmen zum Schutz der Schüler:innen und Pädagog:innen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
- über Möglichkeiten, in Nürnberg diskriminierungsfreie Sprache zu etablieren.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Arzten
Stadtrat

Réka Lörincz
Stadträtin

Andrea Friedel
stellv. Fraktionsvorsitzende